



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IV/117

Fernsprecher 20951/52

Hannover, Georgstraße 33  
16. September 1949

## Kanzler der Rechten

sp. Die staatsrechtliche Stelle des Amtes eines Kanzlers der neuen Deutschen Bundesrepublik steht in offenkundigem Gegensatz zu der Schwäche der parteipolitischen Position Adenauers. Sie ist zugleich ein Mittel, diese Schwäche auszugleichen. Von dieser Möglichkeit wird Dr. Adenauer, so wie man ihn kennt, ohne jede Beklemmung Gebrauch machen.

Das erste Wochenende der Republik unter seiner Kanzlerschaft wird im Zeichen zugespitzter Gespräche über die Regierungsbildung stehen. Es hatte sich bereits am Freitag bei der Einbringung des Blücher'schen Vertagungsantrages gezeigt, wieviel in dieser Hinsicht noch zu tun ist, denn selbstverständlich bezog sich die erbetene Fristverlängerung bis zur Abgabe der Regierungserklärung viel weniger auf deren Inhalt, wie Blücher es darstellt, als auf die Zusammensetzung der Regierung, die noch ungeklärt ist. Das ziffermässig überaus bemerkliche Ergebnis der Wahl Adenauers hat zur Folge gehabt, dass nun erst recht Unsicherheit herrscht. Während von den Kleinen neue Wünsche und Forderungen erhoben werden, vertritt auf der anderen Seite Adenauer nach der Wahl mit umso grösserem Druck die Interessen seiner Partei.

Bezeichnend sind gewisse, von führender Seite der Bayernpartei abgegebene Erklärungen, die eine entscheidende Stimme für Adenauer komme von der Bayernpartei. Sie habe damit ihre wohlwollende Neutralität gegenüber Adenauer dokumentiert, der aber vor seiner Wahl seinerseits weitgehende Zusagen gemacht habe, gewissen grundsätzlichen Auffassungen der Bayern, zum Beispiel in der Frage des Föderalismus, Rechnung zu tragen und auch jeden Einzelwunsch der BP wohlwollend

16.10.1949

zu prüfen. Diese Aussage ist sachlich gesehen ziemlich töricht, denn niemand konnte vorher wissen, dass alles an einer Stimme hängen werde. Offen bleibt freilich, ob und wie weit nicht in der Tat Adenauer Zusagen der erwähnten Art gemacht hat, um möglichst viel für sich herauszuschlagen.

Vor allem aber fühlt sich auch die FDP durch das alles andere als imponierende Ergebnis der Wahl Adenauers gestärkt, denn je schwächer dessen Position ist, umso mehr Wert bekommt ihre Unterstützung für ihn. Daraus resultiert auch der verstärkte Nachdruck, mit dem die Unterhändler der FDP eine Erhöhung der Beteiligungsquote ihrer Partei an der Regierung verlangen. Dagegen wieder wehrt sich Adenauer mit der ihm eigenen Zähigkeit. Die FDP kann in diesem Zusammenhang auch darauf verweisen, dass innerhalb der CDU/CSU der sogenannte linke Flügel erneuten Auftrieb erhalten hat, ungeachtet der Tatsache, dass er durch seine Stimmenabgabe zur Wahl Adenauers beitrug. Schlange-Schönungen zum Beispiel - und er ist kein Einzelgänger in seiner Partei - hat sich einem ausländischen Korrespondenten gegenüber mit bemerkenswert kritischer Offenheit gegenüber Adenauer und seinem Kurs geäußert. Er hat davon gesprochen, dass z u n ä c h s t in der CDU noch keine Krise vorhanden sei, dass aber die Meinungen über die Zweckmässigkeit der Adenauer'schen Konzeption vor allem auf sozial-, aber auch teilweise auf wirtschaftspolitischem Gebiet sehr weit auseinandergehen.

Für die sozialdemokratische Beurteilung der kommenden Regierung gleich wie sie sich im einzelnen zusammensetzen wird - ist die Tatsache mitbestimmend, dass Adenauer, wie die nicht anders zu deutenden Stimmenthaltungen zeigen, auch auf der äussersten Rechten auf weitgehende Duldung wird rechnen können. Das kennzeichnet ihn und das, was man allgemein von ihm erwartet, treffend. Das Schwergewicht der künftigen Regierung ruht nicht, wie aus naheliegenden Gründen von interessierter Seite immer wieder versichert wird, in der Mitte, sondern rechts, auch wenn Herr Adenauer am kommenden Dienstag versuchen wird, das durch die Wahl seiner Worte zu leugnen oder zu verbergen.

Französisch-deutsche Spannungen

Von unserem A.F.-Korrespondenten in Paris

Zur Zeit weht in Paris für Deutschland ein ungünstiger Wind. Die französische Öffentlichkeit ist in ihrer überwiegenden Mehrheit mit der politischen Entwicklung in Deutschland unzufrieden. Die Form des Wahlkampfes hat ihr Missfallen erregt, weil sie darin zu viel nationalistische Äusserungen zu entdecken glaubte. Ausserdem werden derartige Regungen hier gewissermassen durch die Lupe betrachtet und gewollt oder ungewollt in ihrer Bedeutung und Tragweite überschätzt. Die Presse widmet diesen Erscheinungen viel mehr Raum als den keinswegs abgestrittenen ernstesten Bemühungen für den Aufbau eines demokratischen Staatswesens.

Die Deutschlandpolitik von Paris wird nach wie vor und in erster Reihe durch den Grad der Sicherheit am Rhein bedingt. Das französische Volk ist nur dann für eine Zusammenarbeit mit Deutschland zu gewinnen, wenn es das Gefühl hat, von seinem Nachbar nichts mehr zu befürchten zu müssen. Aus diesem Grunde fallen auch an sich geringfügige Anzeichen einer Wiedergeburt des deutschen Nationalismus in Frankreich auf einen ungewöhnlich fruchtbaren Boden. Im allgemeinen geht diese Saat dort viel besser auf als in ihrem deutschen Ursprungsland.

Den Höhepunkt erreichten die anti-deutschen Warnungssignale in der Rede des sozialistischen Innenministers Jules Moch. Obwohl der Minister betonte, er bringe lediglich seine Privatmeinung zum Ausdruck, fanden seine für Deutschland unfreundlichen Erklärungen starken Widerhall. Wenn ein Regierungsmitglied, das es in seiner langjährigen Ministertätigkeit vermieden hatte, auch nur einmal öffentlich zu aussenpolitischen Fragen Stellung zu nehmen, in dieser Form über das deutsch-französische Verhältnis spricht, kann es sich eben nur schwer um eine private Meinungsäusserung handeln, selbst wenn man weiss, dass Jules Moch inoffiziell der deutsch-französischen Annäherung stets ebenso misstrauisch wie ablehnend gegenüberstand. Glücklicherweise wurde einige Tage später die Rede des Innenministers durch eine ebenso deutliche Erklärung des engen Mitarbeiters des

Ministerpräsidenten Queuille, Staatssekretär Devinat, im Namen der französischen Regierung richtiggestellt. Danach ist Frankreich nach wie vor entschlossen, Deutschland in der europäischen Gemeinschaft die Hand zu reichen. Staatssekretär Devinat fügte ferner hinzu, Frankreich dürfe die sich ihm bietende einzigartige Gelegenheit, die politische Entwicklung des neuen Deutschland positiv zu beeinflussen, nicht ungenützt lassen. Auch der Quai d'Orsay hat sich in sehr deutlicher Form von den Äusserungen Jules Mochs distanziert. Das gleiche gilt für die sozialistische Partei, wenn deren Sprecher auch erklärte, man müsse die Reaktionen des Innenministers mit den Übertreibungen des deutschen Wahlkampfes in Beziehung bringen.

Trotz ihres Misstrauens ist die französische Öffentlichkeit mit Ausnahme der Kommunisten ziemlich einmütig von der unumgänglichen Notwendigkeit einer baldigen und tiefgehenden Zusammenarbeit mit Deutschland überzeugt. Sie weiss, dass die Grenze Europas nicht am Rhein liegen kann und darf und sie bemüht sich, ihre psychologischen Hemmungen zu überwinden, d.h. mit Deutschland eine Vernunft-ehe zu schliessen und dabei zu vergessen, dass der Partner in mancher Beziehung nicht ihren Jungfernträumen entspricht. Niemand denkt daran, Westdeutschland den Weg nach Strassburg zu versperren. Die Diskussion geht lediglich um den hierfür geeigneten Zeitpunkt. Damit nähert sich die französische Aussenpolitik wieder einmal einer ihr stets verhängnisvoll gewesenen Sackgasse. Man hat in Paris meistens rechtzeitig die weltpolitischen Notwendigkeit erkannt, man rafft sich jedoch nur schwer zu zeitgemässen Handeln auf. Die Politik des Zögerns und des Abwartens entspricht aber nicht mehr dem Ernst unserer Zeit.

#### Konflikt bei den Saarbahnen

sp. Die französische Regierung hat die Einführung der französischen Tarif- und Besoldungsvorschriften bei den Saarbahnen angeordnet. Das bedeutet für zahlreiche Beamte und Angestellte eine erhebliche finanzielle Verschlechterung. Diese Massregel fügt sich in die Reihe von Massnahmen ein, die auf eine Übernahme der Saarbahnen

16.9.1949

durch die französischen Staatsbahnen abzielen, wobei behauptet wird, die Saarbahnen arbeiteten mit ständiger Unterbilanz. Von den Saareisenbahnern wird diese Behauptung bestritten. Infolge des darüber entstandenen scharfen Streites sind sämtliche leitenden Posten bei der Eisenbahndirektion Saarbrücken in den letzten Monaten mit Franzosen besetzt worden. Vor wenigen Tagen wurden die französischen Gütertarife eingeführt.

Gegen diese Vorgänge protestierte kürzlich eine Versammlung von 900 Angestellten und Beamten der Eisenbahndirektion Saarbrücken. Es wurde in teilweise heftiger Weise die Beibehaltung des deutschen Lohn- und Gehaltssystems gefordert. Der Hauptredner war ein Oberinspektor Schmidt. Hierbei fiel ein Zuruf, in dem behauptet wurde, das Saarland werde wie eine Negerkolonie behandelt.

Wenige Tage danach fand eine Versammlung des Industrieverbandes Eisenbahn der Einheitsgewerkschaft statt, in der der Administrateur Rieth (ein Franzose aus Mühlhausen) im Auftrage des Hohen Kommissars der französischen Republik die Beamten und Angestellten der Eisenbahndirektion Saarbrücken auf das heftigste angriff und sie nationalistischer und nazistischer Umtriebe beschuldigte. Die französische Regierung werde den Unbelehrbaren unter den saarländischen Eisenbahnern den schärfsten Kampf ansagen. Monsieur Rieth sagte wörtlich: "Es wird notgedrungen Entlassungen geben müssen. Es gibt Leute, die keinen Saarpass, sondern einen grauen Pass besitzen. Die sollen ihre nationalistische Propaganda anderswo machen als im Saarland!"

Diese unverhüllte Ausweisungsdrohung ist für die allgemeinen Verhältnisse im Saarland seit 1945 charakteristisch. Wie verlautet, wurde Oberinspektor Schmidt bereits von der französischen Sicherheitspolizei vernommen.

(b/B.67/2/169/ns)

- - - - -

"Freie" Baustoffe in der Ostzone.

sp. Die HO-Läden der "Volkseigenen Handelsorganisation" in der Sowjetzone, die sich bisher mit dem Vertrieb von Lebensmitteln, Bekleidung und anderen Bedarfsgütern zu überhöhten Preisen befassen, haben sich neue Verdienstmöglichkeiten geschaffen. Sie handeln jetzt auch mit "freien" Baustoffen, obwohl die Baustoffe nach wie vor der Bewirtschaftung unterliegen. Die Liste der "freien" Baustoffe in der HO beginnt merkwürdigerweise mit Klosettbecken zum Preise von 21,40 DM. Gewöhnliche Hintermauerungssteine kosten 1.000 Stück 140.00 DM. Für den Kubikmeter Nadelkanntholz werden 470.-- DM verlangt. Ein Quadratmeter Bauplatte kostet 15.-- DM. Die Bauunternehmen sind jedoch gezwungen, mit den Preisen von 1944 zu rechnen, so dass jeder, der die überhöhten HO-Preise in Rechnung stellt, wegen Preiswucher belangt und bestraft wird, denn, so lautet der eigenartige "Rechts"grundsatz, der hohe Preis gelte nur für die Volkseigene Handelsorganisation. In dem Augenblick, in dem die Ware durch Verkauf in das Eigentum eines anderen übergeht, sinke der für die Berechnung zulässige Wert sofort auf den Preis von 1944. (b/B.85/2/169/hs)

Otto Wels zehn Jahre tot

sp. Am 16.9.1939 war in Paris nach langem schweren Krankenlager Otto Wels, der damalige Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, gestorben. Ein Leberleiden, das er sich 1919 bei einem Zusammenstoß mit Spartakisten zugezogen hatte, setzte seinem unermüdlichen Arbeitseifer einen Tag nach seinem 66. Geburtstag ein Ende.

Otto Wels war schon früh in der Gewerkschaftsbewegung tätig, und gehörte seit 1913 dem Vorstand der SPD an, dessen Vorsitz er 1919 nach der Wahl Eberts zum Reichspräsidenten übernahm. Seit 1912 war er Mitglied des Reichstages und seine letzte Reichstagsrede gegen das Ermächtigungsgesetz Hitlers ist zu einer historischen Dokumentation des innerdeutschen Widerstandes gegen die Diktatur geworden, den Wels selbst nach dem Verbot der SPD zunächst von Prag, später von Paris aus leitete. Sein Tod riss eine Lücke in die Reihen der SPD, die sich seiner heute trauernd erinnert. (b/B.3/169/hs)

Danktelegramm des Bundespräsidenten. (sp.) Der erste Präsident der Bundesrepublik Deutschland, Professor Theodor Heuss, richtete an den ersten Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschland Dr. Kurt Schumacher, folgendes Telegramm:

"Mit besonderer Freude habe ich Ihr freundliches Glückwunsch-Telegramm zu meiner Wahl zum Bundespräsidenten erhalten. Ich spreche Ihnen dafür meinen tiefstempfundenen Dank aus". Theodor Heuss.